



## «Diese Initiative ist unnötig und unschweizerisch»

Wirtschaftsvertreter befürchten eine höhere Unsicherheit für Investitionen. Die Politprominenz warnt vor einer Aushöhlung des Rechtsstaates

Vereint gegen die Durchsetzungsinitiative: FDP-Präsident Christian Scheuermeyer mit den Unternehmern Joseph Maushart und Adrian Flury sowie CVP-Chefin Sandra Kolly (v.l.). HP BÄRTSCHI

### VON LUCIEN FLURI UND ELISABETH SEIFERT

Sie wollen sich für den Rechtsstaat wehren. Am Dienstag rief die Solothurner Wirtschaft - flankiert von Vertretern der bürgerlichen Parteien CVP und FDP - zur Medienkonferenz gegen die Durchsetzungsinitiative. Gestern tat es die grosse Mehrheit der Solothurner Bundesparlamentarier (siehe unten).

«Die Durchsetzungsinitiative betrifft uns erheblich» sagt Unternehmer Josef Maushart, der als Präsident des Industrieverbandes Solothurn und Umgebung (Inveso) rund 70 Firmen aus der Region Solothurn vertritt. «Wir haben mit dem starken Franken und den Ungewissheiten bei den bilateralen Verträgen schon genügend Probleme. Wir brauchen nicht noch weitere Unsicherheiten.» Maushart, Besitzer der Bellacher Fraisa, ist überzeugt: Internationale Verträge würden durch die Initiative verletzt. «Das würde zu noch mehr Investitionsunsicherheit führen.»

In den kommenden Wochen wollen deshalb die Solothurner Handelskammer und der Industrieverband Inveso eine Plakatekampagne starten. «Wenn die nationalen Wirtschaftsverbände nicht handeln, müssen wir dies kantonal an die Hand nehmen», sagt Maushart. Bezahlt werde die Aktion nicht aus der Verbandskasse, sondern von einzelnen Unternehmen.

### Reich und arm sind nicht gleich

Für Maushart ist unbestritten: Volk und Stände wollten 2010 die Ausschaffungsinitiative und diese muss deshalb umgesetzt werden. «Aber die Bundesversammlung hat diesem Auftrag entsprochen.» Das Parlament habe gute Arbeit geleistet - anders als die Initianten der Durchsetzungsinitiative. «Warum wird dort der Steuerbetrug nicht als Grund für eine Ausschaffung genannt?», fragt Maushart. «Es geht nicht an, dass der Sozialbetrug des Kriegsflüchtlings im Wert von tausend Franken zur Aus-

schaffung führt, während der millionenschwere Steuerbetrug des reichen Steuerflüchtlings ungeahndet bleibt.» Die Initiative sei unverhältnismässig. «Zwei Ohrfeigen in zehn Jahren und die Ausschaffung ist zwingend.» Maushart setzt auf den Umsetzungsvorschlag des Parlaments, der «die Superreichen nicht schon und auch nicht die Schwächsten der Gesellschaft ignoriert.»

### «Noch mehr Aufwand»

Auch für den Deitingen Unternehmer Adrian Flury, Inhaber der Arthur Flury AG und Vizepräsident der Solothurner Handelskammer, geht die Durchsetzungsinitiative viel zu weit. «Selbst Bagatellfälle führen im Wiederholungsfall zu einer Ausschaffung.» Flury bemängelt, dass es für Härtefälle keine Einzelfallprüfung gibt. «Durch die Ungleichbehandlung gibt es ein neues Verhältnis zwischen Schweizern und Ausländern. Wir sollten uns aber dafür einsetzen, dass dies besser wird.» Der

Unternehmer befürchtet, «dass Firmen wegen Lappalien wertvolle Arbeitskräfte verlieren könnten.»

Die Wirtschaft leide bereits an einer Überregulierung, so Flury. «Die Durchsetzungsinitiative führt zu noch mehr Aufwand durch Abklärungen bei Einstellungen.» Flury erinnerte zudem an die Balkankriege, als es in seinem Unternehmen Konflikte zwischen Arbeitern unterschiedlicher Herkunft gab. Heute müsste er sich gut überlegen, ob er die Polizei rufen würde. «Ich würde mich nicht wohlfühlen in meiner Haut, wenn ich Konflikte unter diesem Aspekt betrachten müsste.»

### «Unnötig und unschweizerisch»

«Der Gesetzgeber wird faktisch umgangen. Das passt nicht zu unserer Demokratie», sagt CVP-Präsidentin Sandra Kolly, die den Begriff Durchsetzungsinitiative für falsch hält. Es gehe nämlich um eine zusätzliche Verschärfung. Und dafür, so Kolly, würden dreieinhalb

Druckseiten Gesetzesbestimmung in die Verfassung geschrieben, während die richterliche Unabhängigkeit ausgehebelt werde.

Als «unnötig und unschweizerisch» bezeichnete FDP-Kantonalpräsident Christian Scheuermeyer die Initiative. «Ich kann die Ängste und die Verunsicherung verstehen. Aber wir können das mit der Initiative nicht lösen. Wir schaffen uns nur zusätzliche Probleme.» Die Initiative untergrabe die gesetzgeberische Arbeit des Parlamentes. «Sie ist einmal mehr eine Verweigerung der SVP zu einem Kompromiss.»

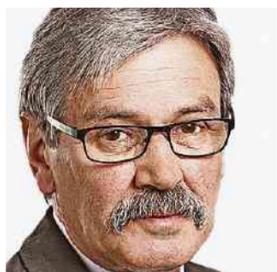
Scheuermeyer warb für eine harte Ausländerpolitik. «Dafür aber rechtsstaatliche Prinzipien zu verletzen, ist falsch.» Der FDPler befürchtet zusätzliche Sozialkosten, wenn der Haupternährer einer Familie ausgeschafft würde.



Ein Video und weitere Artikel zum Thema finden Sie online

### AN EINER GEMEINSAMEN PRESSEKONFERENZ ARGUMENTIERTEN DIE SOLOTHURNER BUNDESPARLAMENTARIER VON CVP, FDP UND SP GEGEN DIE DURCHSETZUNGSINITIATIVE

#### «Die Initiative hängt die Kleinen und lässt die Grossen laufen»



**Roberto Zanetti**  
SP-Ständerat

«Die Durchsetzungsinitiative schafft eine Klassenjustiz, sie hängt die Kleinen und lässt die Grossen laufen. Nicht ausgewiesen wird etwa ein Ausländer, der mit Betrügereien Millionen gemacht hat, aber nicht vorbestraft ist. Andererseits wird eine ausländische Person, die eine IV-Rente hat und EL bezieht, automatisch ausgeschafft, wenn sie vergessen hat, eine kleine Änderung ihrer Vermögensverhältnisse zu deklarieren.»



**Pirmin Bischof**  
CVP-Ständerat

«Die automatische Ausschaffung gilt mit der Durchsetzungsinitiative selbst bei kleinen Delikten. Eine junge ausländische Mutter, die in einem fremden Garten einen Apfel stiehlt, wird ausgewiesen, wenn sie dabei auch noch das Gartenschloss beschädigt hat. Der Delikt katalog ist zudem willkürlich zusammengestellt: Wegen sexueller Handlungen mit Kindern muss jemand erst im Wiederholungsfall das Land verlassen.»



**Kurt Fluri**  
FDP-Nationalrat

«Das Parlament hat die Ausschaffungsinitiative korrekt umgesetzt. Der Titel «Durchsetzung» ist ein Etikettenschwindel und die neue Initiative ist eine Verschärfung der ersten. Sie enthält 18 Delikte, die nicht Bestandteil der Ausschaffungsinitiative gewesen sind. Zudem führt sie einen Katalog von Straftaten ein, die in Kombination mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe in den letzten 10 Jahren automatisch zur Ausschaffung führen.»



**Stefan Müller-Altermatt**  
CVP-Nationalrat

«Die Härtefallklausel, die bei der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative eingefügt worden ist, bezweckt eine Güterabwägung zwischen individuellen und öffentlichen Interessen. Es ist falsch, wenn die Initianten behaupten, dass dadurch die Anzahl der Ausschaffungen geringer ist als bei der Durchsetzungsinitiative. Die höhere Anzahl von Ausschaffungen resultiert aus der Ergänzung des Ausschaffungskatalogs.»



**Bea Heim**  
SP-Nationalrätin

«Bereits das Umsetzungsgesetz zur Ausschaffungsinitiative sieht für Schwerkriminelle ohne Schweizer Pass die Ausschaffung vor. Es gibt also nichts «durchzusetzen». Mit der Durchsetzungsinitiative können künftig Menschen, die hier aufgewachsen sind, selbst bei Bagatelldelikten ohne Einzelfallprüfung ausgeschafft werden. Dadurch wird der Verfassungsgrundsatz der Verhältnismässigkeit ausgeschaltet.»



**Philipp Hadorn**  
SP-Nationalrat

«Die Ausschaffungsinitiative, die das Parlament umgesetzt hat, verlangt bereits eine Verschärfung gegenüber Ausländern. Damit aber ist der Hunger der Initianten nach einer weiteren Ausgrenzung nicht gestillt. Es ist dramatisch, wenn sich statt dem Interesse an Neuem und Fremdem vielmehr Angst in Kopf und Herz einnistet. Damit werden die Rechtsgleichheit verletzt und zudem unsere Bereitschaft zu Innovationen ausgebremst.»